

# Wortfische



# Zeitung

Königlich privilegierte Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.  
Haupt-Geschäftsstelle Breite Str. 8/9, Berlin C.  
Telephon: (Zentrale im Hause) Amt Zentrum 6888, 6889, 6901, 6902, für Ferngespräche Amt Zentrum 10640, 10641.

## Vor der Entscheidung.

In dieser Woche wird die zweite Lesung der Wehrvorlage im Reichstag beginnen, und wenn die Erörterung nicht längere Zeit andauert, wird Ende der Woche die dritte Lesung schon beendet sein. Aber die dritte Lesung ist nicht die letzte. Jeder der Inhalt des Gesetzes werden keine Meinungsverschiedenheiten mehr bestehen. Höchstens fragt sich, ob der schwarz-blaue Block aus seinem Verlangen, daß Wehrvorlage und Dedungsfrage nur zu derselben Zeit und von derselben Mehrheit angenommen werden dürfen, praktische Konsequenzen ziehen und die Verlegung der Gesamtabstimmung verlangen und durchsetzen oder aber, wenn die Mehrheit anders beschließt, gegen die Wehrvorlage stimmen wird. Die Linke kann der Entscheidung mit beiderer Aufsehung begünstigen. Will die Rechte sie ablehnen — es wäre ein Schock für die Wehr-Sache, daß die Konventionen sich vorwärtschoben weigern werden, die ihnen in diesem Schlußpunkt zueinander weigern überlassen. Graf Westarp trat schon in der Budgetkommission einen schlecht verfassten Rückzug an, und die angeführte Diskussion entpuppte sich als ein Mißverständnis. Aber es genügt auch, daß das Zentrum bei der Stange bleibt, und sein großer Hauptling Matthias Erzberger hat bereits fürchterlich mit dem Kriegseisel gedroht. In der Tat, das Zentrum hat die Macht, die Wehrvorlage aufzuheben oder zu Fall zu bringen. Aber ob es die Macht gebrauchen wird, um in dieselbe Lage zu geraten wie bei der Abweisung der Forderungen für Südafrika, die zu den „Sottentotenwählern“ führte? Wieder ein Wahlkampf gegen Schwarz und Rot? Kamals hat die Sozialdemokratie dem Zentrum gute Dienste geleistet und treue Bundesgenossen gefunden, so daß die Ultramontanen mit blauem Auge dauntamen. Das zweite Mal könnte es anders kommen und das Zentrum die Kosten des Prozesses zu zahlen haben.

berger richten sich an den Reichstagsler. „Ob sich überhaupt eine Mehrheit für die Wehrvorlage ohne gleichzeitige Lösung der Dedungsfrage finden wird, ist nach der bekannten Erklärung der Zentrumsfaktion nicht mehr fraglich. Wenn das Zentrum aus Gründen der Staatsraison so sprechen mußte, so gut sollte jeder Politiker unsere Partei kennen.“ In der Tat? Aber Fürst Bülow kannte das Zentrum ganz gut, und er meinte doch, es bindet sich nicht vor der dritten Lesung. Aus Gründen der Staatsraison hat das Zentrum schon oft in dritter Lesung angenommen, was es in zweiter Lesung ablehnen zu wollen schien. Und jetzt sind wir noch nicht einmal bei der zweiten Lesung. Freilich, Herr Erzberger fügt alsbald hinzu, was gefahren werden, wenn es „trotzdem“ gelänge, „die Wehrvorlage in den Saal zu bringen ohne die Dedungsfrage“. Also rechnet er immerhin mit dieser Möglichkeit.

Regelung der gesamten in Frage stehenden Punkte überläßt. Es ist möglich, daß die Konferenz eine Richtschnur dieser Art annimmt als einziges Mittel, um aus der Sadgasse herauszukommen, da, wie man hofft, die Sitzung, zu der man am Montag vormittag um 11 Uhr zusammenkommen wird, unbedingt die letzte sein soll.

## Der makedonische Konflikt.

Serbien drängt auf eine Entscheidung.  
(Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.)  
Belgrad, 8. Juni.

Die kommende Woche wird hier nach allgemeiner Auffassung als eine besonders kritische betrachtet. Offens fanden sich am 5. Uhr nachmittags die Führer der Oppositionsparteien im Kabinett des Ministerpräsidenten auf dessen Aufforderung zu einer Besprechung ein. Wie heute verstanden, sollen sie sich aber einmündig dahin geäußert haben, daß die Regierung, falls nicht von Sofia aus ihnen der nächsten zwei Tage Harmonisierungen und befriedigende Erklärungen über den Zeitpunkt des Zusammentritts der Saloniker Konferenz abgegeben würden, ohne Zögern die Annektion der besetzten Gebiete gleichzeitig mit Griechenland und Montenegro erklären solle. Die Stuphina würde darauf ungeteilt auf Seiten der Regierung stehen.

Die Aeroökist der hiesigen Presse dauert an. Das gestern konfizierte Blatt „Bleamot“ fordert heute die Regierung in zwölf Stunden auf, die Annektion der besetzten Länder auszusprechen und damit der gegenwärtigen unerträglichen Lage ein Ende zu machen.

Aus Saloniki wird gemeldet, daß der bulgarische Wohnort Jurlukow mit seiner Bande in das Gebiet von Welos (Koprali) eingedrungen ist und in den Bezirk von Prilep vorzudringen beabsichtigt, also in Gebiete, die von den Serben besetzt sind.

Belgrad, 7. Juni. Das Regierungsgesamt „Samouprava“ tritt den Ausführungen des Blattes „Mir“ zum Erschoß des Ministerpräsidenten Paschitsch entgegen und meint, die Bemühungen des „Mir“, die Darlegungen Paschitsch zu entkräften, würden angesichts des offenkundigen Rechts Serbiens vergeblich bleiben.

## Bulgarische Anklagen und Stimmungen.

Sofia, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Beziehungen unter den Verbündeten verschlechtern sich von Tag zu Tag. Die Serben sehen ihre gewalttätige Krappgasse gegen das bulgarische Element fort, um alles zu verbieten. Die griechischen Truppen unternehmen einen neuen Versuch, von Bulgaren besetzte Gebiete zurückzunehmen. Außerdem werden täglich neue Verhaftungen von Bulgaren gemeldet. Die Gefängnisse in Saloniki, Mobeina, Katoori und Ser sind mit Bulgaren gefüllt. Man hat daher die Sorge für unersättlich und den Ausbruch eines offenen Konfliktes für unvermeidlich.

Dr. Danev wird heute vom König empfangen werden. Dadurch dürfte sich die innere Lage klären. Doch ist eine Entscheidung über die Kabinettserkrise erst nach drei bis vier Tagen zu erwarten.

Wie verlautet, sollen die Serben auf die Verantwortung ihrer Note wegen einer Revision des Zellungsvertrages drängen und mit der eventuellen Annektion der von ihnen besetzten Gebiete gedroht haben. Man glaubt indes, daß die bulgarische Antwort erst nach der Neubildung des Kabinetts gegeben werden und die Aufforderung zur Räumung der serbischen Zone enthalten wird.

Der hiesige serbische Gesandte Dr. Spalajkovic ist gestern abend nach Belgrad abgereist.

## Doch eine russische Vermittlung?

Sofia, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) An eingeweihter Stelle wird berichtet, daß die bulgarische Regierung sich mit dem Ersuchen an Rußland gewandt habe, Serbien zur Räumung der serbischen Zone und zur Einsetzung eines Kondominiums über diese zu veranlassen. Rußland solle dann über die serbische Zone allein das Schiedsrichteramt übernehmen. Man beabsichtigt, die Lösung der Kabinettserkrise bis nach dem Eintreffen der Antwort aus Petersburg aufzuschieben.

Sofia, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Die Ministerkrise bleibt latent, weil bisher noch keine Antwort aus Petersburg eingetroffen ist, ob Rußland Serbien zur Erfüllung des Vertrages und zur Räumung der unbesetzten Gebiete zwingen und sodann das Schiedsrichteramt über die serbische Zone übernehmen will. Bisher sind höchst allgemeine Überlegungen aller Parteien erfolgt, worüber allerlei Kombinationen bezüglich Neubildung des Kabinetts veranlaßt werden. Die größte Wahrscheinlichkeit hat immer noch die Bildung eines Kabinetts aus mehreren Parteien, einschließlic der Nationalisten. Man betont von Seiten der Regierung, daß jedes neue Kabinett an ihrer Haltung gegenüber Serbien festhalten und seinen Fallrecht Gebietes abtreten würde. — An die Begegnung der vier Balkanpremierer knüpft man allgemeine wenig Hoffnung; man erklärt, daß eine zweite Begegnung in Petersburg keinesfalls stattfinden werde, wenn Serbien nicht vorher auftritte, den Vertrag anzuerkennen.

## Der Neuaufbau der türkischen Armee.

Konstantinopel, 8. Juni. In militärischen Kreisen beschäftigt man sich ernstlich mit der Reorganisation des Heeres. Ueber die Grundfragen, auf denen diese geschehen soll, ist noch keine Einigung erzielt worden. Nur soviel steht fest, daß ansatz der bisherigen 14 Korps zunächst die Armee in elf Korps geteilt werden wird. Insbesondere herrschen noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten über die Verteilung dieser Armeekorps. Einerseits schlägt man vor, sechs Korps nach Istanbul, Schari, Tschatabdika, Rodos, Gallipoli und den Darbanellen zu legen, so daß für Asien nur fünf Korps übrigblieben. Andererseits wird diese Verteilung im Hinblick auf den geringen Besitz in Europa und die wichtigsten Aufgaben des Reiches in Asien bekämpft, und ein Korps für Istanbul, ein zweites für Tschatabdika, Rodos und Gallipoli zusammen für ausreißend gehalten. Wahrscheinlich liegt die letztere Auffassung, deren Verwirklichung ein Korps nach Schwias, ein anderes im Bezirk von Wan und vier in Erzerum und Erzdinshan aufstellen wollen, nun durch die Entlassung einer starken Militärmacht den Häubereien in Armenien ein Ende zu machen und die geplante Reformarbeit zu unterbrechen. Die neue Grenze gegen Bulgarien soll mit den stärksten Besatzungswerken versehen werden. Durch solche soll auch die kleinasiatische Küste geschützt werden. Ueberhaupt herrscht im Kriegsministerium reges Treiben.

Konstantinopel, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht unseres Korrespondenten.) Am Laufe der letzten Tage sind wieder Anrufe auf türkischen Seiten, die in zwei Wochen verteilt wurden, beschlaghaft worden. Verbreitet wurden sie durch junge Burken, die sicher in fremdem Auftrag handelten. Eine Reihe von Gerüchten liegt nämlich in der Luft, die indes von der Bevölkerung selbst kaum ernst genommen werden. So wurde dieser Tage verbreitet, General Abdul Bakscha habe seine Leute, die an sich geweiht, dem Befehl des Kriegsministers, seine Posten zu verlassen, nachgesehen. Solche Erfindungen finden besonders in den europäischen Kreisen Glauben, auf die sie es wohl auch abgeben haben.

Von allen Gerüchten dieser Art, die in der letzten Zeit umliefen, hat nur eins keine Bestätigung gefunden, nämlich die Verhaftung des früheren Direktors der politischen Polizei unter Kamal Bakscha Mubis Bey, da seine Verhaftung auf Veranlassung seines Amtsnachfolgers Hüni Bey erfolgt ist, vermutet man einen ersten Amtsnikbrauch.

## Die Balkandelegierten in London.

London, 7. Juni. Die Konferenz der Friedensdelegierten in St. James-Palast dauerte lange Zeit, führte aber zu keinem Beschluß. Eine ausgedehnte Erörterung entspann sich über die Artikel des Protokolls. Dabei erklärte der serbische Delegierte Pawlowitsch, daß mehrere der Hauptpunkte, über die beschloffen werden sollte, in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Prätinimvertrages der Regelung durch besondere Uebereinkommen zwischen den Kriegführenden vorbehalten werden müßten, und daß sie demgemäß keinen Teil des Zusatzprotokolls bilden könnten. Pawlowitsch schlug darauf vor, daß das Protokoll in einem einzigen Artikel abgefaßt würde, der den interessierten Regierungen die

Anders als die Wehrvorlage fällt, obwohl eine große Mehrheit ihren Inhalt billigt, ist nicht wünschenswert; wahrscheinlich ist vielmehr, daß sich Rechte und Zentrum mit einer wohlgeleiteten Erklärung des Reichstagslers begnügen werden, auch er und die verbündeten Regierungen seien der Meinung, daß Wehrvorlage und Dedungsfrage von derselben Mehrheit und zu derselben Zeit angenommen werden sollten, und überzess würden sie alles tun, was möglich ist, zu diesem Ziel zu gelangen. Eine solche Erklärung hört sich schon an, wie ein einseitiger Einbruch und verpöchtigt zu nichts. Am Ende der Erklärung des Kriegsministers die Wehrvorlage haben, nach der Erklärung des Reichstagslers, ist bis Ende Juli, und ist bis dahin eine Einigung über die Dedung der dauernden Ausgaben nicht erfolgt, was bleibt dem Bundesrat übrig, als mit einem bedauernden Aufschub zunächst das Gesetz über die Verstärkung der Wehrkraft zu verabsichtigen? Möglich, daß das Zentrum darin einen Treubruch sähe. Aber so unbedingt wird der Julode des leitenden Staatsmannes schwerlich lauten, daß nicht eine Hintertür offen bliebe. Er muß sie sich offen halten. Oder will er angesichts der Kundgebung des Kriegsministers in die Verlegung willigen und ihm vor aller Welt entgegenhalten: „Die Sache hat nicht solche Eile!“ Ueber den Wehrbeitrag wird man bald einig sein, über die dauernde Wehrleistung aufsehender nicht. Kann die Militärverwaltung warten wie ein unbehelligter Bürgerkrieg?

Der Reichstagsler soll nach der Marschroute, die ihm Herr Matthias Erzberger vorschreibt, „hündig erklären, daß auch für ihn die Wehrvorlage ohne eine genügende Dedung wenig annehmbar ist.“ Vortrefflich; ob Herr v. Bethmann Hollweg jedoch seinen Weg gehen wird, steht dahin; in jedem Fall kann er sich darauf berufen, daß er der Bundesrat „genügende Dedung“ vorgelegt haben. Sind die Parteien des schwarz-blauen Blocks geneigt, diesen Vorschlägen zuzustimmen? Ganz und gar nicht. Von der Veredelung der Wehrleistungsbeiträge, von dem auch nur subsidiären Gesetz über die Vermögenszuwachssteuer wollen sie nichts wissen. Also mag der schwarz-blaue Block jene Gegenanträge machen, für die eine Mehrheit des Reichstags und des Bundesrats mitbringt. Das Zentrum scheint einen Plan zu haben, hat aber zureichende Mittelungen darüber der Öffentlichkeit noch nicht unterbreitet. Eine Wehrsteuer muß sein. Aber welche? Einige seiner Blätter haben sich einigermassen durchsichtig für eine Reichsvermögenssteuer ausgesprochen, deren Ausgestaltung, wie es scheint, teilweise den Einzelstaaten überlassen werden soll. Das leitende Blatt des Bundes der Landwirte hat die verbündeten Regierungen davor gewarnt, die Wege zu verbauen. Man spürt die Furcht, bei der Veredelung der Sylla in die Charnubis zu geraten. Fällt die Vermögenssteuer, so droht die Erbschaftsteuer. Aber noch hat man nichts davon gehört, daß die Mehrheit der Einzelstaaten ihren einseitigen Widerstand gegen die Reichsvermögenssteuer aufzugeben geneigt sei. Aber Herr Erzberger hat doch selbst in Gemeinshaft mit Herrn Baßermann den berühmten Antrag über die edle Wehrsteuer gestellt und ihn zur Annahme verhoffen. Kann er also der Furcht vorwirft machen, wenn sie nicht umfällt? Mitnichten, alle Drohungen des Herrn Matthias Erz-

Auch hier kann die bürgerliche Linke die Entwicklung gelassen abwarten. Wird die Reichsvermögenssteuer angenommen, gut. Eine Mehrheit dafür ist im Reichstag vorhanden. Wird sie abgelehnt, auch gut. Dann kommt die Erbschaftsteuer, für die es im Reichstag ebenfalls eine Mehrheit gibt, und diesem Beschluß kann der Bundesrat die Befugnis nicht verlagern. Hat er doch selbst vor wenig Jahren diese Steuer beantragt! Für die Liberalen also ist die Situation so angenehm wie möglich. Mit dem Verlust der schwarz-blauen Block eigentlich? Mit der Linken? Aber Herr Erzberger hat doch selbst in Gemeinshaft mit Herrn Baßermann den berühmten Antrag über die edle Wehrsteuer gestellt und ihn zur Annahme verhoffen. Kann er also der Furcht vorwirft machen, wenn sie nicht umfällt? Mitnichten, alle Drohungen des Herrn Matthias Erz-

list  
eines Bau  
mit Gewinn  
dr. Erb. Sager  
Schneberg.  
uche  
Dresszimmer  
Dressen erb.  
d. Wolf. 3/4